

Politisches A-B-C

Von

Max Brahn



DER NEUE GEIST / VERLAG
LEIPZIG

A80-536



A80-536

Einleitung.

Wir stehen vor dem größten Wahlkampf, den unser Land erlebt hat. Ganz andere Massen von Wählern werden zur Urne gehen: außer den bisherigen die jugendlichen Wähler von 20 bis 25 Jahren, die bisherigen Nichtwähler (etwa 15 bis 20 Proz. der Wähler überhaupt) und die Frauen. An Zahl sind sie den Männern weit überlegen und haben daher die Entscheidung in der Hand; an politischer Durchbildung lassen wenigstens die bürgerlichen Frauen *alles* zu wünschen übrig. Aehnliches gilt für die beiden anderen, oben erwähnten Gruppen neuer Wähler.

Im Gespräch mit vielen Frauen, in Zuschriften, die mir im Anschluß an Zeitungsaufsätze und an politische Vorträge von Frauen zuzingen, wurde mir klar, daß selbst die allereinfachsten Kenntnisse und Begriffe nicht vorausgesetzt werden können. Mag daher der Inhalt vorliegenden Heftchens, das aus zwei Vorträgen in der Leipziger Gruppe des Vereins für Frauenstimmrecht hervorging, manchen zu einfach erscheinen: es ist aus reicher Erfahrung für unzählige Tausende gewählt, die gar nichts wissen und einen schnellen Ueberblick brauchen.

Für Historiker wird das Gesagte oft dürftig und falsch erscheinen. Möge es dem politischen Beurteiler gefallen. Dem Leser sei gesagt: ich habe versucht, ganz sachlich zu sein. Da ich aber dem linken liberalen Flügel angehöre, mag mir das nicht gelungen sein. Der Leser weiß, wo er etwas abziehen darf.

Max Brahn.

Das Wort Revolution hat für den Herrschenden stets einen furchtbaren Klang. Er fürchtet nicht die Machtlosigkeit allein, er verbindet damit den Begriff des Blutvergießens, weil die größte aller Revolutionen, die französische, damit geendet hat. Nichts aber ist irreführender und gefährlicher, als geschichtliche Parallelen. Man darf schon jetzt sagen, daß der ganze Lauf der gegenwärtigen Umwälzungen ein anderer war und sein wird. Die Verhältnisse eines durch einen furchtbaren Krieg zerrütteten Volkes sind ganz eigenartig. Die bekämpfte, zurückgedrängte Volksschicht, das Bürgertum, ist nicht eine schmarotzende, faule Masse, sondern kräftig, arbeitsam, rastlos tätig und von tiefem Staatsgefühl voll. Darum widersetzt sie sich auch nicht gewalt- sam dem Geschehen, sondern arbeitet zum Wohle des Ganzen mit, ja sie ringt um ihre Mitwirkung im Rahmen des Neuen. Sie tut das in der sicheren Hoffnung, daß nach einer kurzen Spanne der Klassenherrschaft die Grundrechte der Menschlich- keit, das gleiche Recht im Staatswesen wieder hergestellt sein werden.

Freilich eines hat das beruflich so tätige Bürgertum in den letzten Jahrzehnten verabsäumt: sich um den Staat zu kümmern. Zeiten der Ruhe und des Gedeihens erwecken leicht den Anschein, als sei alles, so wie es ist, ganz natürlich, gerecht und selbst- verständlich. Der Stand, dem es wohl ergeht, legt sich gern in das politische Ruhebett. Es ist traurig, daß bei uns erst Zeiten der Unruhe und Umwälzung kommen mußten, um das nicht- sozialistische Deutschland wieder über den Staat nachdenken zu lassen. Nur die Sozialisten haben für politische Aufklärung in ihren Reihen gesorgt, sonst ist so gut wir gar nichts dafür ge- sehen. Was unsere Schulen boten, das war ein Geschichts- unterricht, der für das Leben nicht erzog. Die Staatsbürgerkunde aber wurde nur zögernd und ungenügend eingeführt und hat

bisher nicht gewirkt. Sobald aber der junge Mensch ins berufliche Leben eintrat, trat ihm Politisches nicht mehr entgegen — von der Frau ganz zu schweigen, der politische Betätigung gesellschaftlich untersagt war. Die Sozialisten arbeiteten mit unendlichem Fleiß an der Gewinnung der Jugend; nicht etwa nur Hetzarbeit, nein, sehr viele Aufklärungs- und Bildungsarbeit leisteten sie aus vollem Herzen. In bürgerlichen Kreisen aber gab es keinerlei Ueberlieferung, sich mit politischen Dingen abzugeben. In gebildeten, führenden Kreisen sah man Menschen, die sich damit beschäftigten, gern über die Achsel an.

So mußten Krieg und Revolution als aufrüttelnde Stürme durch das Land fegen, um zur Besinnung über das Staatsleben aufzureißen. Jetzt erst merkt jeder, daß er auf Gedeih und Verderb mit dem Staat verknüpft ist, daß er in dem großen Walde nur ein Stamm ist, der mitgerissen wird, wenn der Wald gefällt wird und ihm keinen Schutz mehr bietet.

Die innere Teilnahme am Staate findet ihren Ausdruck nicht nur in den unendlichen politischen und wirtschaftlichen Gesprächen unserer Tage, sondern zunächst in der Beteiligung an den Wahlen. Die Zahl der Nichtwähler betrug durchschnittlich bei den letzten Wahlen ein Viertel aller Wahlberechtigten, ein wahrhaft beschämender Zustand. Man darf annehmen, daß sie bei dieser Wahl auf Null sinken wird. Aber sie alle, dazu die große Zahl der Frauen und der neu zur Wahl berufenen Leute von 20 bis 25 Jahren, wissen mit den einfachsten Tatsachen nicht Bescheid, die zu einer ernsten Wahl nötig sind. Es sei hier ein ganz bescheidener Versuch gemacht, dieses Nötigste zusammenzubringen: Verbesserungen werden sich auf Grund von Vorschlägen anbringen lassen.

In den deutschen Staaten wurde ursprünglich nach *Ständen* gewählt, wie etwa in Mecklenburg Ritterschaft, Bauern, Städter getrennt wählten. In den ersten Kammern und Herrenhäusern sind alte adlige Geschlechter, Rittergutsverbände, Universitäten, Städte von gewisser Einwohnerzahl allein wahlberechtigt. Wer nicht zu einem der bevorrechtigten Stände gehört, kann nicht mitwählen. Es ist ein beschränktes, völlig ungleiches Wahlrecht,

Das in der Höherbewertung einzelner Stände in ihrer Bedeutung für den Staat und ihrer politischen Reife seine Berechtigung sucht.

Im 19. Jahrhundert trat diesem ständischen Wahlrecht das *allgemeine* zur Seite, das *jedem* Bürger eine Stimme gab, der die bürgerlichen Ehrenrechte besaß, keine öffentliche Armenunterstützung erhielt usw. Dieses allgemeine Wahlrecht war aber nicht für alle gleich, sondern übertrug *einem* Wähler *mehrere* Stimmen. Man ging davon aus, daß im ganzen die besitzenden Stände größere Bildung und politische Einsicht besäßen, daß sie ferner ein größeres Interesse am Gedeihen des Staates hätten, so daß für sie ein größerer Anteil an der Verwaltung der Länder und Städte berechtigt sei. Die erste Form eines solchen Wahlrechts war das *Klassenwahlrecht*, das die Wähler besonders nach dem Vermögen in Klassen einteilte. So wurde z. B. in der einfachsten Form das gesamte steuerpflichtige Einkommen einer Stadt (z. B. 3 Millionen Mark) in drei Gruppen geteilt, deren jede die gleiche Zahl von Abgeordneten zu wählen hatte. Dabei wird die erste Klasse, die der reichsten Leute, vielleicht 30, die der begüterten, die zweite, 300, die der Armen 3000 Wähler haben. Es wiegt dann die Stimme des erstklassigen Wählers 100mal so schwer wie die des Drittklassers. Oder man gab das *Pluralwahlrecht*, bei dem einem reicheren oder gebildeteren Wähler unmittelbar mehrere Stimmen zufielen, in Sachsen z. B. höchstens vier.

An Stelle aller dieser Wahlrechte tritt jetzt bei allen Wahlen in Stadt, Land, Reich *das allgemeine und gleiche Wahlrecht*, das außerdem ein geheimes ist, um niemand bei der Stimmenabgabe durch irgendeine Rücksicht oder Furcht zu behindern. Ein solches hatten wir bereits für die Reichstagswahlen. Jeder mindestens 25 Jahre alte, männliche Deutsche hatte eine Stimme. In jedem Wahlkreis war der gewählt, der die meisten Stimmen hatte, die Minorität fiel völlig aus. Aber nur dem Buchstaben nach war es ein gleiches Wahlrecht, bei dem wirklich jede Stimme gleich viel wert war. Denn es wurde in 397 Wahlkreisen je ein Abgeordneter gewählt, und die Wahl wäre eine gleiche nur dann

gewesen, wenn die Wahlkreise die gleiche Stimmzahl gehabt hätten. Nun waren die Wahlkreise so eingeteilt, daß jeder im Jahre 1864 etwa 100 000 Seelen hatte. Seitdem sind die Großstädte ungeheuer gewachsen, das Land ist zurückgeblieben. So gab es Riesenwahlkreise, wie Berlin mit mehreren Millionen Einwohnern und nur 6 Abgeordneten, während andere mit 100 000 Wählern einen Abgeordneten hatten. Um eine Zunahme sozialdemokratischer und liberaler Stimmen, die in Großstädten sicher eingetreten wäre, zu verhindern, ging die Reichsregierung auf eine Neueinteilung der Wahlkreise nicht ein.

Jede Möglichkeit, durch geschickte Einteilung der Wahlkreise die Wahl zu einer ungleichen zu machen, wird durch die neuen Wahlen ausgeschlossen, *die Verhältniswahlen* (Proporzahlen) sein werden. Dabei werden sehr große Wahlkreise (voraussichtlich 38) gebildet, in denen die Parteien Wahllisten aufstellen. Sollen z. B. bei 1 500 000 Stimmen 10 Kandidaten gewählt werden, so fällt auf je 150 000 Stimmen ein Kandidat, so daß auch kleinere Parteien sich durchsetzen können, die bei der bisherigen Wahl in einzelnen Wahlkreisen vollständig durchfielen. Diese Verhältniswahl kann in verschiedenen Formen vollzogen, die Ausrechnung der Kandidaten mannigfach ausgeführt werden. Wie das technisch werden wird, ist noch unbekannt.

Wird man schon bei dieser Wahlform viel ernstlicher von einem wirklichen Ausdruck des Volkswillens im Parlament reden können, so noch viel mehr, weil nun die Frauen mitwählen. Da außerdem, wie oben gesagt, die bisherigen Nichtwähler wohl in dieser erregten Zeit mitwählen werden, so wird eigenartigerweise die Majorität in Händen solcher sein, die bisher gar nicht mitgewählt haben. Die Bedeutung dieser wahren Volksvertretung wächst gegenüber der bisherigen aber darum unendlich, weil ihr weder ein gleichberechtigter Bundesrat noch eine fürstliche Macht zur Seite tritt, daß sie vielmehr allein die Geschicke des Volkes zu bestimmen hat.

Es gibt nun Staaten, wie die Schweiz, in denen bei wichtigen Gesetzentwürfen jeder einzelne seine Stimme für oder gegen dieses Gesetz unmittelbar abgibt (Referendum). Nach dem

sozialdemokratischen Parteiprogramm soll das auch bei uns in besonderen Fällen möglich sein. Dann ist der einzelne direkter Gesetzgeber. Doch kann das wegen des ungeheuren, komplizierten Apparates nur eine seltene Ausnahme sein. Aber auch dann ist nur ein glattes Ja oder Nein möglich, nicht aber eine Vorbereitung des Gesetzes durch das Volk selbst, eine Beratung und Verhandlung, um das Gesetz dem Zwecke des Staates anzupassen. Das ist nur durch eine kleinere Vertretung in Stadt, Land und Reich möglich und zu dieser müssen Vertreter gewählt werden: die Abgeordneten.

Diese vertreten die Meinung ihrer Wähler. Sie können aber die Wähler natürlich nicht um jede Einzelheit befragen, sie müssen vielmehr das Vertrauen genießen, daß sie im großen und ganzen von der gleichen Gesinnung den Gesetzesvorlagen gegenüber erfüllt sind wie die Wähler. Daher jeder dem die Stimme gibt, mit dessen politischen Grundanschauungen er übereinstimmt.

Die Zahl der politischen *Grundanschauungen* aber ist gering, so daß sich auch viele Millionen Menschen in wenige Formen ihrer politischen Ueberzeugungen einteilen lassen. Die Organisation, in welcher sich Menschen der verwandten Ueberzeugungen zusammen schließen, ist die *Partei*. Daher der Mensch seine staatlichen Anschauungen zum Ausdruck bringt, indem er den Abgeordneten einer bestimmten, ihm zusagenden Partei wählt.

Leider war es in vielen, und zwar gerade in gebildeten Kreisen unseres Volkes üblich, die Partei nur als ein peinliches Uebel anzusehen, mit dem man sich bestenfalls in der Wahlzeit einließ, um die Sozialdemokratie abzuwehren. Sonst kümmerte man sich wenig oder gar nicht darum. Nur wenige überlegten sich die Bedeutung der Partei, wie unentbehrlich sie ist und wie tief ihre Wurzeln im Wesen der menschlichen Natur und Gesellschaft verankert sind.

Kaum sitzen ein Dutzend Männer um einen Tisch herum, so teilen sie sich nach Anlagen, Meinungen, Gewohnheiten unwillkürlich in Gruppen, die sich gefühlsmäßig als zusammen-

gehörig fühlen. Das gruppenhafte Dasein ist das natürliche des Menschen. Es gibt keinen Lebensinhalt und kein Interesse, die nicht zu Grundlagen namentlicher Gruppenbildung werden. Man lacht ja darüber, daß in Deutschland drei Menschen nicht zusammenkommen können, ohne einen Verein zu bilden. In der Gruppe äußert sich der Mensch frei über die zusammenführenden Interessen, wird bereichert und erweitert, stärkt sich in seinen Anschauungen, indem er gibt und nimmt.

So treten Menschen gleicher Berufe, gleicher Bildung, gleicher wirtschaftlicher Lage zusammen: so ganz besonders Menschen, die von gleichen allgemeinen Anschauungen erfüllt sind. Und wo sie, wie im Staatsleben, praktisch etwas erreichen wollen, da schließen sie sich eng aneinander, um ihre Meinungen in Taten zu überführen. Die Partei ist der Zusammenschluß derer, die Gleiches wollen.

In Augenblicken staatlicher Umwälzungen werden die politischen Ideen in Gärung gebracht, neue Forderungen treten auf, die Menschen suchen sich das ihrer Lage und Meinungen Entsprechende heraus, ein einzelner oder mehrere treten mit einem Programm hervor, finden Anhänger, die oft nach dem Namen oder den Ideen der Führer sich nennen: und die Partei ist fertig. Es ist die Gemeinsamkeit von Willenszielen, die Menschen aneinander bindet, der erst noch tastende Geist formt sich nach dem Programm der Parteien, er hat seine feste Richtung gefunden. Jeder ist froh, aus seiner Unsicherheit befreit zu sein und folgt der erhellenden Fackel, die Klarheit und Weg zu zeigen vermag. Die großen Parteien sind oft in Streit und Kampf plötzlich dagewesen, sie tauchen aus der Notwendigkeit der Bedürfnisse, aus der Wirrnis der Zeit mit einem Male als führende Sterne auf. Und wie der Schiffer sich freut, nachts plötzlich am bewölkten Himmel ein Leitgestirn zu sehen, dessen Richtung er folgen kann: so freut sich der politische Mensch der leitenden Idee der Partei.

Freilich gibt es für den tausendfach verschlungenen, von unendlichen Interessen durchwühlten Menschen unserer Zeit keine große Idee, kein Programm, dem er in allen Punkten folgen kann. Da hat er die Wahl zu treffen, wo seine Hauptge-

danken, wo seine Grundgefühle noch die beste, zuzugendste Vertretung finden. Opfer der Ueberzeugung im einzelnen, Kleinen hat jeder dabei zu bringen, sonst ist er verdammt, ein Einspänner zu bleiben und zu sehen, wie gar nichts von seinen Meinungen zur Geltung kommt. Aus solchen Leuten, die glauben, die allein Klugen zu sein oder die eigenwillig zurückstehen, wenn im Parteiprogramm nicht alle ihre Blüenträume reifen, besteht zum großen Teil die unerfreuliche Partei derer, die sich zur Wahl nicht entschließen können.

So treffen sich in der Partei Menschen, die im einzelnen oft recht verschiedener Meinung sind. Da heißt es in jeder praktischen Frage sich einigen, sich vertragen. Allmählich wandeln sich dann wohl auch die Anschauungen innerhalb einer Partei, die Punkte des Programms werden verschieden ausgelegt, und schließlich zeigt das Programm gar nicht mehr deutlich die innerste Meinung und das praktische Handeln der Partei. Die Energie, mit der ein Punkt betont, ein anderer zurückgedrängt wird, kann schließlich in einer Partei Menschen vereinigen, die so verschieden sind, daß sie auf die Dauer nicht mehr einheitlich arbeiten können. Dann gibt es Spannungen in der Partei, die zu Spaltungen führen. So kommen Parteien zustande, die begrifflich zu unterscheiden, klar zu verstehen sehr schwer ist: denn ihre Hauptprogrammunkte scheinen noch gleich, ihr praktisches Handeln aber ist grundverschieden. Nur wer das Wirken der Parteien dauernd verfolgt, findet dann zu ihnen in solchen Augenblicken das richtige Verhalten. So stehen heute noch die beiden sozialdemokratischen Parteien offiziell auf dem gleichen Programm, und wie verschieden ist ihr Handeln! Die Geschwindigkeit, die Kraft, die Leidenschaft, mit der sie das Programm durchführen wollen nach dem Buchstaben, nach dem inneren Geiste, nach den äußeren Umständen, sind grundverschieden.

Geht man daher auf das Wesen der einzelnen Parteien ein, so hat man eine leichte Aufgabe, wenn man sich auf eine Deutung ihrer Programme beschränkt. Aber die einen sagen vieles, was sie wünschen, dessen Erfüllung sie aber nicht mit besonderer Kraft zu erreichen suchen; die anderen wollen sich möglichst

viele Freiheit des Handelns wahren und sagen wenig von den Dingen, die sie wirklich tun. Es bleibt daher, um praktische Handhaben zu geben, nur übrig, eine freie Ergänzung des Programms durch eine Klarlegung des wirklichen Handelns, des tatsächlichen Dauerwillens der Parteien zu geben. Das gibt natürlich Blößen für Angriffe, denn die Motive des Handelns sind schwer zu beweisen; wie wenig wird in der Politik aller Parteien offen gesagt. Der Schluß vom Handeln auf die Gesinnung ist aber stets schwierig und unsicher. Trotzdem soll dieser Weg beschritten werden im Interesse lebendiger Wahrheit und wahren Lebens.

Die großen Parteien werden von den allgemeinsten Gedanken, von den Ideen über die Welt und ihre Entwicklung getragen. Trotz aller Einwände dagegen ist die Einteilung in konservative, erhaltende, und liberale, fortschrittliche, Parteien noch am besten bezeichnend. Die einen wollen möglichst Bestand des Vorhandenen, glauben an einen „von Gottes Gnaden“ geordneten Staat und halten nur sehr langsamen Wandel der Herrschaftsformen für gut: sie haben eine gefühlsmäßige Haltung zum Staate und sehen in jedem Wandel, der Altes beseitigt, eine Verletzung des berechtigten Gefühls der Herrschenden. Die anderen glauben vielmehr, daß der Staat etwas dauernd sich Veränderndes ist, daß Gesetze der Entwicklung darin herrschen, die zu beobachten sind, damit man ihnen rechtzeitig folgt. Dazu aber gehört die Freiheit jedes einzelnen, sich Meinungen zu bilden, sie frei auszusprechen, danach zu handeln. Daher die Liberalen die vielen Autoritäten der Konservativen ablehnen, frei ihre Vernunft walten lassen und Gefühlsmäßiges nicht anerkennen. So war die Stellung zum Königtum bei den Konservativen durch Gefühle der Anhänglichkeit, Tradition, Mannestruhe bestimmt, während die Liberalen rein vernunftmäßig erwogen, ob ein Königtum notwendig und welche Form ihm zu geben sei.

Von so allgemeinen Gedanken aus gestaltet sich der Deutsche seine Parteien und damit seinen Staat. Natürlich gibt es Mittelparteien, die, ohne etwa ideenlos zu sein, doch zunächst praktisch wirken wollen, so die Nationalliberalen. Und eine Partei steht

darin sehtwärts, daß bei ihr nicht politische allgemeine Ideen maßgebend sind, sondern religiöse: die Zentrumsparthei. Das wird späterhin genauer auszuführen sein.

Die *konservative Partei* geht von der geschichtlichen Betrachtung der Dinge aus und findet, daß die Völker am besten gedeihen, wenn das geschichtlich Entstandene so weit wie möglich erhalten und nur soweit verändert wird, wie durchaus nötig ist. Nicht nur jeder Umsturz des Bestehenden, sondern jede plötzliche oder auch nur schnelle Veränderung wird von ihr verworfen. Daher sie in ihrem Programm Erhaltung und Hochhaltung der bestehenden Einrichtungen und Autoritäten stets an die Spitze stellt. Als sittliche Grundlage nun des Staates erscheint den Konservativen nach den Lehren von F. Stahl die christliche Lebensanschauung. Daher fordert der erste Satz ihres letzten Programms die Erhaltung und Kräftigung der christlichen Lebensanschauung in Volk und Staat. „Staat und Kirche sind von Gott verordnete Einrichtungen; ein Zusammenwirken beider ist die notwendige Vorbedingung zur Gesundung unseres Volkslebens.“ Die konfessionelle Volksschule ist die Grundlage aller Sittlichkeit und die wichtigste Bürgschaft gegen die zunehmende Verwilderung der Massen. Auf diesen Punkt hat sich die konservative Partei so stark festgelegt, daß sie alle Erziehungsfragen ganz eindeutig unter diesem Gesichtspunkte angesehen und innerlich allen Einrichtungen mit Verdacht gegenübergestanden hat, die nicht auf dem festen Boden kirchlicher Weltanschauung stehen, wie zum Beispiel die Universitäten mit ihrer freien Forschung. Das gesamte Gebiet der Volksschule wurde von ihnen darum stets in der alten Form gehalten, weil sie eine Beeinträchtigung der kirchlichen Gesinnung der Bevölkerung fürchteten, und die Religion muß dem Volke erhalten bleiben, damit die alten Herrschaftsformen nicht zertrümmert werden. Neben der Kirche muß auch das Königtum als Einrichtung „von Gottes Gnaden“ erhalten werden. Es beruht nicht auf Uebertragung der Krone durch das Volk, sondern auf dem geschichtlichen Recht der Herrscherfamilie, das gottgewollt ist. Daher jeder Versuch scharf bekämpft wird, die Rechte der

Monarchie weiter einzuschränken, als es die bestehende Verfassung tut, welche die Aufrechterhaltung der bestehenden Staatsgewalten gewährleistet. Das Königtum ist die Grundlage der großen, bestehenden Gesellschaftspyramide, die ohne sie zusammenfällt. Das wirklich Bestehende, der Träger wahren Lebens sind die Einzelstaaten, Gemeinden, Kreisverbände, Stände, so daß der innerste, wenn auch nur von Einzelpersonen ausgesprochene Wunsch der Konservativen die Wahl nach Berufsständen ist.

Wie das Königtum auf geschichtlichem Recht ruht, so auch die Herrschaft derer, die bisher zu den herrschenden Schichten gehörten. Zur Herrschaft eignen sich nur diejenigen, die nach ihrer Abkunft und Erziehung des Herrschens gewöhnt sind. In Zeiten, da die Herrschaft von Mensch zu Mensch ausgeübt wurde und die gebildete höhere Schicht einer ungebildeten Masse gegenüberstand, war in der Tat eine gewisse herrschaftliche Haltung bedeutsam, Sicherheit und Festigkeit des Auftretens, Gewandtheit der Form, die Gewohnheit, sich schnell zu entscheiden, das von Jugend auf angewöhnte Befehlen machten auf den ungebildeten Mann aus dem Volke, besonders auf den Soldaten, starken Eindruck. Es ist eine ehrliche, wohlgemeinte Ueberzeugung, daß die alten Herrschaftsschichten Ordnung, Gesittung, Staatswohl am besten vertreten. Wo die Zahl nicht genügte, wurden weitere Schichten herangezogen, die sich durch großen Besitz oder Herrschaft auf anderen Lebensgebieten den alten Schichten in der Lebensauffassung stark angeähnelten. Aber gerade in diesen Punkten ist die konservative Herrschaft notwendig zusammengebrochen, denn die neuere Zeit mit der Verzweigkeit ihrer Verwaltung, mit den schweren wirtschaftlichen Fragen braucht zum Regieren solche, die am besten und weitesten die Zusammenhänge der Dinge übersehen; mit bloßen Willensmenschen kann sie nicht mehr auskommen und muß grundsätzlich eine andere Auslese der Herrschenden treffen.

Aus dieser tiefen Ueberzeugung vom Rechte der bestehenden Herrschaftsverhältnisse heraus wandte sich die konservative Partei gegen allen Umsturz und gegen jede Form nichtnationaler

Befähigung und verlangte gegen „alle Feinde der staatlichen Ordnung Kampf in jeder Form“. Zur Aufrechterhaltung aber und aus der Erkenntnis, daß nur Macht einen Staat zusammenhält, trat sie ein für starke nationale Machtentfaltung. Die Armee und die Flotte so groß wie möglich zu gestalten hat sie stets als eine ihrer Hauptaufgaben angesehen. Sie wünschte eine energische äußere Politik, ein forsches Auftreten nach außen hin, eine starke Kolonialpolitik. Der Armee galt ihre besondere Liebe, sie hat sich um deren Entwicklung große Verdienste erworben und Bismarck die Mittel zu seinen Kriegen geliefert. Aber auch innerhalb der Armee vertraten die Konservativen den Herrschaftsgrundsatz der absoluten Unterordnung des einzelnen unter den Vorgesetzten und haben damit, den Geist anderer neuer Zeiten nicht erkennend, vieles verdorben.

Wie für die Armee, so traten sie mit innerer Liebe stets für alle diejenigen Stände ein, von denen eine gewisse Stetigkeit und Ruhe anzunehmen ist. Das waren die herrschenden Schichten, das waren ganz besonders die Landwirte und höheren und mittleren Beamten. Die Landwirtschaft hat andere Lebensbedingungen als die Industrie, sie gibt nicht solche Möglichkeiten plötzlichen Gewinnes und Verlustes, sie hat etwas Stetiges an sich. Der Landwirt hängt außerdem seiner Natur nach an seiner Scholle und fühlt sich durch wesentliche Aenderungen leicht bedroht. Teils also weil die Führer der Konservativen aus Urzeiten selbst dem Großgrundbesitz angehörten, teils weil sie die Landwirtschaft als ruhiges Element stützen und stärken wollten, haben sie hier ihre Stütze gesucht und gefunden. Und ebenso ist die Beamenschaft teils aus dem Gefühl errungener Herrschaft über andere Menschen, teils weil sie in festen, wenig veränderlichen Verhältnissen lebt, dem Umsturz abhold, wodurch eine gegenseitige Anziehung mit der konservativen Partei vorhanden war.

Ganz anders stand die Partei zu Handel und Industrie: Hier stieg innerhalb der modernen Weltwirtschaft etwas Neues empor, das immer mehr Einfluß und Macht im Staate bekam. Es waren neu herandrängende Menschen, denen das Bestehende

sehr oft im Wege war, die sich alte Herrschaft, selbst ans Herrschen in ihren Kreisen gewöhnt, nicht gefallen lassen wollten und die deshalb den Konservativen ein Dorn im Auge waren. So wehrten sie sich stets gegen den Aufstieg des großen Geldkapitals und gegen die Gleichstellung desselben mit den früheren Schichten.

Die Zahl der konservativen Stimmen war nie groß. Sie stammte außerdem aus einer kleinen geschlossenen Schicht von Menschen. Der Einfluß der Partei aber auf die Regierung war stets ein ungeheurer, und in diesem Mißverhältnis von Stimmenzahl, innerer Bedeutung und äußerem Einfluß lag für das deutsche Reich nach innen wie nach außen stets eine große Gefahr. Denn nur *das Volk* ist gesund, in dem die zurzeit wirklich gesunden, in die Zukunft weisenden Kräfte auch die Mitherrschaft haben.

In vielen Punkten ging mit den Konservativen das *Zentrum* zusammen und war doch von ihnen in seinem praktischen Tun wie in seinen Grundlagen ganz verschieden. Zunächst einmal stellte es, ganz im Gegensatz zu den Konservativen, nicht einen bestimmten Stand dar, vielmehr sind in keiner Partei alle Stände in solchem Gleichmaß vertreten, wie beim Zentrum. Da sitzen Fürsten und Grafen neben dem Intellektuellen und Geistlichen und neben Arbeitern und Arbeiterführern, und es ist eine der erstaunlichsten Leistungen, daß es immer wieder gelungen ist, das Zentrum nicht nur zusammenzuhalten, sondern bei fast allen Abstimmungen zur Einheit zu bringen. Es muß daher in der Partei ein Letztes geben, was über alle Standes-, Klassen- und Interessenunterschiede hinfort diese Menschen innerlich zusammenhält und eint, so daß sie bereit sind, sehr viele Opfer auf allen anderen Gebieten zu bringen. Der Zusammenhalt nun ist klar und einfach: es ist der Katholizismus, die katholische Gesinnung. Ob diese unter allen Umständen imstande gewesen wäre, eine so geschlossene kräftige Partei zusammenzubringen, läßt sich nicht sagen. Als aber Bismarck den Kulturkampf begann, durch den die katholische Kirche in ihren Rechten beschränkt wurde, da flammte es bei allen Katholiken Deutschlands

in hiellem Zorn auf, sie faßen sich zusammen und blieben geeint bis zum heutigen Tage, obgleich von den Ergebnissen des Kulturkampfes nichts mehr übrig ist.

Daher ist die Verteidigung der Kirche und der katholischen Religion das erste Anliegen der Zentrumsparthei. Alles das, was in religiös-kirchlicher Beziehung von den Konservativen gesagt wurde, gilt durchgängig auch vom Zentrum, so daß es weiterer Ausführungen nicht bedarf. Natürlich bedeutet aber die katholische Kirche mit ihrer Weltorganisation und ihrer internationalen Gesinnung für den Staat etwas ganz anderes, als die kleine protestantische Landeskirche, so daß Probleme entstehen, denen gegenüber die der konservativen Partei verschwinden.

Während in der Schätzung des religiösen Lebens die beiden Parteien übereinstimmen und gern das Bestehende erhalten wollen, gehen sie sonst in den wesentlichsten Punkten auseinander. Das Zentrum ist auch nicht gerade eine Partei schnellsten Fortschritts, denn sie hat stets gegen zu starke Verstandesausbildung und zu starke Veränderungen das Mißtrauen, sie könnten dem kirchlich-religiösen Leben schaden. Aber da die Partei mit der Religion tiefen Ernst macht, so setzt sie als obersten Grundsatz stets an die Spitze, daß *Gerechtigkeit* die Grundlage des Staates sei, und da sie die Gerechtigkeit in dem Ausgleich der Bedürfnisse aller Stände sieht, so sucht sie auch den vorwärtsdrängenden unteren Schichten gerechter zu werden, als die Konservativen. Darin liegt das Demokratische dieser Partei, daß sie, schon um den Arbeitern innerhalb ihrer selbst entgegenzukommen, eine starke Neigung zu sozialer Betätigung hat. In diesen Punkten war sie stets ausgesprochen fortschrittlich und hat an der sozialen Gesetzgebung einen erheblichen Anteil. So sehr sie auch dem Arbeiter sein Recht lassen will, ist sie doch des Glaubens, daß die letzte geistige Führung denen gehört, welche die Träger der Sittlichkeit selbst sind und daher allein wissen, was den Menschen und dem Staate frommt: der Kirche und ihren Trägern. Sie besitzt aber nicht die Starrheit der Konservativen in dieser Beziehung, weil sie auch gern Männern die Führung überläßt, die aus den einfachsten Schichten des Volkes

stammen, wie ein großer Teil der Geistlichen selbst, — wenn sie nur sicher ist, daß diese Männer zuverlässig katholisch sind.

Etwas Gemäßigtes liegt im Wesen der ganzen Partei, und sie ist daher allen Extremen der wirtschaftlichen Bewegung abhold. Sie bekämpft die Parteien schnellen Fortschritts, weil sie gern die Dinge einer allmählichen Wandlung entgegenreifen läßt. Mit ihrer ganzen Kraft aber und Wut verfolgt sie alles das, was sie falschen Liberalismus nennt und was auf völlige Befreiung der Geister von alten Autoritäten herausläuft. Daher ihre scharfe Kampfesart gegen Liberalismus und Sozialismus, obgleich sie im praktischen Handeln sehr häufig mit beiden zusammengegangen ist.

Der Vorteil des Zentrums liegt in seiner geringen Beschränkung durch Parteiprogramme, wie es auch bezeichnend ist, daß solche vom Zentrum eigentlich nie ausgegeben worden sind, höchstens kleine, unbestimmte Wahlaufrufe. Seine praktische Bedeutung aber liegt in dem zufälligen Umstand, daß im Deutschen Reichstag es noch nie gelungen ist, auf längere Zeit entweder auf der rechten oder auf der linken Seite allein eine Majorität zu schaffen, mit der die Regierung für ihre Gesetze rechnen konnte. Daher blieb dann das Zentrum immer dasjenige Element, mit dem allein praktisch die Gesetze gemacht werden konnten. Das Zentrum aber hat infolge seiner ausgleichenden Richtung keine festen Bindungen nach irgendeiner Seite und ist in der glücklichen Lage, eine wechselnde, vermittelnde Politik treiben zu können. Dabei hat es noch den Vorteil, daß es dann bald dem einen, bald dem andern Teil der eigenen Partei Genüge tut und die Gesetze so gestalten kann, daß sie nie große Wählermassen vor den Kopf stoßen.

Solange der Katholizismus einen so großen Teil unseres Volkes innerlich beherrscht, wird das Zentrum bei allen Verschiebungen, die sonst vor sich gehen mögen, einen großen Einfluß behalten. Große politische und soziale Veränderungen gehen an keiner Partei so vorüber, wie an der Zentrumspartei, weil eben der Grund, auf den sie baut, nicht der eigentlich politische, sondern der kirchliche ist. Soweit man aus den Zeitungen

ersuchen kann, geht das Zentrum mit einer demokratischen Wandlung seines Programmes um. Es wird ihm nicht schwer werden, da es früher durch Programme nie festgelegt war und da außerdem der demokratische Flügel, zumal des bayerischen Zentrums, stets sehr stark gewesen ist. Man darf überzeugt sein, daß es dem Zentrum gelingen wird, sich geschickt den neuen Zeiten anzupassen, und seine Machtstellung dürfte unter Umständen nicht kleiner, ja sogar größer werden als früher.

Die konservative Weltanschauung steht auf dem Boden der bestehenden Einrichtungen, des nationalen Staates, der bestehenden Herrschaftsformen, der alten Verbände. Der einzelne ist nur ein kleines Glied der großen Gemeinschaft, deren Bestehen so wichtig ist, daß sie ohne weiteres über ihn wegschreiten darf. Wer also die bestehenden großen Organisationen umstürzen will, der ist als Feind der staatlichen Ordnung zu bekämpfen und gehört, wie etwa die Sozialisten in dem von den Konservativen gemachten Sozialistengesetz, ins Zuchthaus oder wird außer Landes verwiesen. Die Bindung des einzelnen an die Gemeinschaft ist die Grundlage konservativer Anschauung.

Ganz im Gegensatz dazu geht der *Liberalismus* von dem einzelnen aus. Aus einzelnen und für einzelne besteht der Staat wie jede Gemeinschaftsform. Die Verbände materieller und geistiger Art sind von den Menschen geschaffen, um in ihnen ein volles, freies, glückliches Leben entfalten zu können: das ewig Seiende aber, der Träger alles Wertes und Unwertes, alles Glücks und alles Unglücks, sind und bleiben die einzelnen Menschen. Die Persönlichkeit ist der Kernpunkt alles Liberalismus. Sie möchte er glücklich machen und frei und zu immer höheren Kulturformen erheben. Staat, Gesellschaft und Kirche sind für die einzelnen da, und ob sie in der Form, die sie im Augenblick haben, noch zu Recht bestehen, das hängt davon ab, ob sie noch imstande sind, der augenblicklichen Entwicklungsstufe der Mehrheit der Menschen zu genügen.

Nur in freiem Wirken und Gestalten der eigenen Persönlichkeit und der Dinge kann sich ein jeder vollständig entwickeln. Daher *Freiheit* die Grundforderung des Liberalismus ist. Er ist

groß geworden in der Bekämpfung bestehender Bindungen, in dem Streit, dem Volke überhaupt erst gewisse Rechte durchzusetzen, und da ist Freiheit vom Alten das große Losungswort. Das ist ja zunächst nur etwas Verneinendes, alte Bindungen Ablehnendes, aber es enthält auch etwas Bejahendes in sich insofern, als die Freiheit die unbeschränkte Möglichkeit für den einzelnen bedeutet, sich zu regen und seine Kräfte zu entfalten. Natürlich sind die Grenzen der Freiheit da gezogen, wo die Rechte des einzelnen mit denen des andern zusammenstoßen und dessen Wohl verletzen. Aber nur soweit dürfen die Beschränkungen in der Freiheit des einzelnen gehen, wie es das große Räderwerk der modernen Gesellschaft durchaus erfordert. Da kann es schließlich so weit kommen, daß die Einschränkungen der Freiheit aus praktischen Gründen so groß werden, daß sie sich äußerlich nicht mehr wesentlich von denen unterscheiden, die auch gebundenere Parteien fordern. Aber innerlich wird stets ein großer Unterschied bleiben: der Liberalismus gewährt Freiheit soweit nur irgend möglich und erkennt Gebundenheit nur an, soweit sie durchaus nötig; konservativ dagegen ist es, zunächst die Gebundenheit an das Alte anzuerkennen so weit wie möglich und neue Freiheiten nur zu geben, so weit es durchaus nötig ist.

Die liberale Freiheit wird nirgends beschränkt durch das Gefühl für das Alte, das der Wille dann durchsetzen und erhalten will, sondern nur durch den Verstand, der erkennt, daß die Gesamtheit der Menschen nur unter bestimmten Beschränkungen der Freiheit bestehen kann, die von Tag zu Tag wechseln. Der Liberalismus behält daher das Vertrauen, daß überall das Beste nur da geboren wird, wo der frei gewordene Mensch sich das Dasein so weit wie irgend möglich frei gestalten kann. Frei ist der Mensch, der aus der Unmündigkeit emporgewachsen ist und die innere und äußere Selbstbestimmung erworben hat.

Weitgehende Freiheit fordert er — nur eingeschränkt durch die notwendige Rechtsordnung — bei dem einzelnen in der Form der geistigen Freiheit. Absolute Freiheit des Glaubens, des

Forschens, des Lehrens, des Bekennens, keine Einschränkung derselben durch irgendeine Gewalt, ganz gleich, woher sie kommt. Ueber seine Geistigkeit hat der Mensch völlig selbst zu bestimmen. Daher der Liberalismus auch die Kirche als eine Einrichtung ansieht, die sich frei religiös gesinnte Menschen schaffen und die natürlich ebenso frei und unbehindert sein muß, wie jede andere geistige Einrichtung, die aber genau so wenig Zwang ausüben darf, wie jede andere Korporation. Das kirchliche Bekenntnis ist eine Privatangelegenheit. Freiheit für den einzelnen hat der Liberalismus durchgesetzt in bezug auf seine Beweglichkeit, indem er erst die Freizügigkeit jedes Menschen erreichte. Freiheit will er ferner für jeden einzelnen, für dessen Kraft auf dem Gebiete der persönlichen wirtschaftlichen Betätigung. Jeder soll seines Glückes Schmied sein können, jeder, der tüchtig ist, freie Laufbahn haben. Natürlich verlangt er auch die völlige Freiheit des einzelnen, sich mit anderen zu Verbänden zusammenschließen und im Verbande zu versuchen, seine Rechte mit Kraft durchzusetzen. Die Unternehmer wie die Arbeiter haben das Recht, sich beliebig zu Verbänden zusammenschließen, in deren Kämpfen dann das Verhältnis der beiden Gruppen festgelegt wird. Der Staat aber greift da ausgleichend ein, wo er sieht, daß eine Gruppe durch die gegenwärtigen Lebensbedingungen die schwächere ist und ihre Freiheit der andern Gruppe gegenüber verliert. Hier hört dann das Recht der Persönlichkeit auf, denn sie schädigt durch die Betätigung ihrer Freiheit andere. Vielleicht hat der alte Liberalismus hier, um Freiheit zu gewähren, sich gar zu schwer entschließen können, den Staat eingreifen zu lassen.

Der einzelne ist aber nichts Festes, sich Gleichbleibendes. Er unterliegt dauernder Entwicklung, genau ebenso wie eine Gemeinschaft unter inneren und äußeren Einflüssen sich ewig umgestaltet. *Entwicklung* ist ein dauerndes sich Verändern, dem sich das staatliche und kulturelle Leben anzupassen hat, wenn nicht der einzelne Schaden nehmen soll. Das Neue muß aufmerksam beobachtet werden, um allen sich regenden Kräften der Zukunft die Möglichkeit freier Bahn zu geben: nur so ent-

steht *Fortschritt*. Diesem Wege eröffnen, neue Lebensregungen nicht zu hemmen, ihnen auf dem Gebiete des Geistes wie der Wirtschaft Bahn zu machen, ist innerlichstes Sein des Liberalismus. Er hat keine Angst davor, Altes abzustoßen, wenn er es als den Verhältnissen nicht mehr entsprechend ansieht; er freut sich des Neuen, das er sich durchringen sieht. Und wie er selbst unter heftigen Zuckungen im Kampfe gegen altes Regiment entstanden ist, so weiß er, daß die glühenden Massen innerer Unzufriedenheit schließlich den Ring des Staatslebens sprengen, wenn ihnen nicht rechtzeitig Freiheit gegeben wird. Der Liberalismus ist vom Glauben an die Entwicklungsfähigkeit der Menschheit erfüllt; er besitzt den tiefen Optimismus, daß die Menschen nur dann schlecht werden, wenn sie innerlich unfrei sind, daß aber der freie Mensch, der gebildet genug ist, die Zusammenhänge der Dinge zu verstehen, das Gute will und kann.

Kein einzelner aber darf sich einbilden, zu übersehen, was alle ändern im augenblicklichen Zustand für Freiheit und Fortschritt halten. Daher ist es nicht möglich, daß *einer* die Geschichte der Menschen bestimmt und leitet. Wohl kann geistig einer die Köpfe der Menschen beherrschen; aber sie selber müssen es ihm dann sagen, daß sie mit seinen Ideen für die Gestaltung der Dinge einverstanden sind. Daher muß man den Bürgern die Gelegenheit geben, immer wieder selbst auf jedem Gebiete zum Ausdruck zu bringen, was sie für das Richtige und Notwendige halten, und die Organisation zu schaffen, in der das von der Allgemeinheit für gut Erkannte auch durchgeführt wird. Dafür gibt es nur die eine Form: daß die Menschen selbst in freier Wahl ihr Geschick in die Hand nehmen und alle Organisationen nach ihren eigenen Anschauungen verwalten. Selbstverwaltung auf allen Gebieten! Nicht aber Leitung und Bevormundung durch eine Obrigkeit, die nun einmal da ist. Auf allen Gebieten des Lebens muß es daher Verwaltungskörper geben, in denen, aus gleichen Wahlen der Beteiligten hervorgegangen, die Mehrheit herrscht. Die Minderheiten werden darum, wenn die Menschen nur vernünftig erzogen sind, nicht verurteilt sein, stumm und einflußlos zu bleiben, denn eine geschickte

Mehrheit weiß, daß unterdrückte Minderheiten leicht zu Mehrheiten werden, und wird daher ihren Wünschen so weit nur möglich Rechnung tragen.

Durch solche Wahlen aller auf einem Gebiete Tätigen werden, so hofft man, im Durchschnitt die Tüchtigen an die Spitze kommen und von dem Vertrauen der Gesamtheit getragen das für das Wohl des Ganzen Beste schaffen können. Wo aber einmal Untüchtige zur Herrschaft kommen, da werden sie nur kurze Zeit sich halten können, und die nächsten Wahlen werden sie fortschweimen, um andere, Bessere an die Spitze zu bringen; daher gehört die Forderung nicht zu langer Wahlperioden zum Wesen jedes Liberalismus.

Die Grundsätze der *Fortschrittlichen Volkspartei* sind diejenigen des eben dargestellten allgemeinen Liberalismus. Sie trat ein für „Schutz und Stärkung des Reiches und die Aufrechterhaltung seiner bundesstaatlichen Grundlagen“. Ueber die Monarchie fand sich in ihrem Programm nichts. Sie erkannte die Notwendigkeit an, die Grenzen des Reiches zu schützen, aber militärische Forderungen, die darüber hinausgingen, wehrte sie in früheren Jahren heftig ab, ließ sich in den letzten Jahren freilich immer mehr dazu bewegen, alle Militärlasten zu bewilligen. Sie forderte dafür Herabsetzung der Dienstzeit und andere Erleichterungen. Der Staat sollte dadurch freier werden, daß er von jeder Verbindung mit der Kirche sich lossagte, diese aber auch vom Staate frei bleiben. Auf wirtschaftlichem Gebiete wollte die Partei die völlige Entfaltung jedes einzelnen und ging vielleicht nicht weit genug in der Erkenntnis, welche Vorrechte das große Kapital dem Arbeiter gegenüber hat. Freilich wollte sie diese schützen, indem sie als die erste — schon vor der Sozialdemokratie — die Arbeiter aufforderte, sich zu Verbänden zusammenzutun, um den Arbeitgebern geschlossen gegenüber zu stehen. Sie verlangte für die Arbeiter dieselbe Freiheit, sich zu verbinden (Koalitionsfreiheit), wie für den Arbeitgeber. Nur schwer entschloß sie sich, den Weg zu gehen, den Arbeiterschutz staatlich zwangsweise durchzuführen, während sie immer dafür war, daß die Arbeiter selbst ihn durchsetzten. In den letzten

Jahren hat sie aber an der Arbeiterschutz-Gesetzgebung fleißig mitgearbeitet, die völlig ihrer Gesinnung entsprach; sie wollte sie nur in ganz anderer Weise, nicht durch Zwang, sondern durch Freiheit verwirklichen. Alle Einzelheiten ihres Programms ergeben sich, wie oben gesagt, aus dem allgemeinen liberalen Programm.

Ganz anders die *nationalliberale Partei*, die hier als dem Grundprinzip fernerstehend an späterer Stelle behandelt wird, obgleich sie die ältere ist. Innerhalb der liberalen Parteien spielen sich stets unendliche Kämpfe um die Reinheit der Prinzipien ab, und sie sind dort, wo grundsätzlich den Persönlichkeiten ihre Rechte gelassen werden, immer schwer zu vermeiden. Die Nationalliberalen lösten diese, indem sie ihren Namen das Wort „national“ zulegte. Damit sollte etwas Bejahendes zum bestehenden Staate ausgesprochen werden als Ergänzung zu der Verneinung, die in dem Worte „liberal“ liegt. Damit war aber zugleich in die Partei ein konservatives Element hereingetreten: die Betonung der Macht des Staates an Stelle der Freiheit, auch ein weiter gehendes Bekenntnis zum Bestehenden und Herrschenden, als es dem Wesen des Liberalismus entspricht. Diese Doppelheit des Programms machte es freilich den Nationalliberalen möglich, ohne feste Bindung viel gute, praktische Arbeit zu leisten; darin lag das große Verdienst der Partei: sie konnte konservative Einseitigkeiten abwehren und gute vermittelnde Gesetze anregen. Aber andererseits war ihr durch diese innere Unklarheit die Stoßkraft außerordentlich genommen. In Deutschland wenigstens muß eine Partei, um wirken zu können, gewisse Grundsätze mit Stärke durchführen, oder sie verliert das Vertrauen. Auch in die nationalliberale Partei kam dadurch eine Schwäche herein, und stets hat sie darunter gelitten, daß in ihr selbst ein rechter und ein linker Flügel vorhanden war. Ob sie jetzt in irgendeiner Form bestehen bleibt — sei es auch unter anderem Namen —, oder sich in die große neue Demokratische Partei auflöst, oder ob ihr rechter Flügel mit einer neuen konservativen Partei sich verbündet, steht noch dahin.

An der Spitze ihres Programms steht der Satz „unverbrüchliche Treue zu Kaiser und Reich, Fürst und Vaterland“. In diesem eindeutigen Bekenntnis zur Monarchie, in dieser Betonung des Nationalen liegt schon der Grundunterschied gegen den Linksliberalismus. Innerhalb des Krieges zeigten sich diese im Keime liegenden Unterschiede besonders deutlich: die Nationalliberalen machten die Verbindung der Linksparteien zu einem Flügel, der den Krieg frühzeitig beendigen und einen Verständigungsfrieden herbeiführen wollte, nicht mit. Im Frieden schon waren sie stets für weitgehende Vergrößerung der Armee und besonders der Flotte zu haben gewesen. Ihr Liberalismus hinderte sie ferner nicht, für das alte ungleiche Wahlrecht in Preußen einzutreten, und gerade die Nationalliberalen waren es, die noch im Kriege eine Reform des Wahlrechtes erschwerten: sie spalteten sich in zwei ungefähr gleich starke Gruppen auf, von denen eine für, die andere gegen das allgemeine Wahlrecht war. Auch auf kulturellem Gebiete, wo sie einst die Führer einer großen freien Richtung waren, verlangten sie im letzten Programm zum Beispiel „Mitwirkung der Religionsgesellschaften am Religionsunterricht, doch so, daß der Staat Herr der Schule, der Lehrer unabhängig von der Geistlichkeit bleibt“. Wie das geschehen soll, ist wohl schwer zu sagen. Auch die Freiheit der Bürger, sich zu verbinden, um ihre Rechte durchzusetzen, wollten sie dem Arbeiter nicht völlig gewähren. Ueberall versuchten sie eine praktisch häufig gute Mitte zu halten, gerieten aber dadurch in dauernde Schwankungen, die schließlich wohl zu einem Zusammenbruch, auch ohne Revolution, hätten führen müssen.

Aus den beiden liberalen Parteien soll sich nun die große *deutsche demokratische Partei* bilden. Noch ist ihr Programm nicht da. Unendlich viele Menschen warten darauf. Soviel aber darf man wohl vorhersagen: sie wird einen starken Schritt nach links bedeuten und davon ausgehen, daß, wie im 19. Jahrhundert der dritte Stand ganz neue, weitgehende Rechte bekam, so jetzt dem Stande der Arbeiter ganz andere wirtschaftliche, soziale und politische Rechte gegeben werden müssen. Hier dürfte gegenüber der ge-

mäßigsten Sozialdemokratie kaum noch ein Unterschied bleiben. Ferner wird die Partei im Zugreifen gegenüber großen Vermögen, in der zunehmenden Besteuerung der Einkommen, je höher sie sind, in einer hohen Erbschaftssteuer sich nicht wesentlich von den staatlichen Forderungen der gemäßigten Sozialdemokratie unterscheiden. Trotzdem wird ein Unterschied sein, der in der Gesinnung und in der Tat als nicht klein gelten darf: die Partei wird versuchen, innerhalb dieser Grenzen die Rechte der Persönlichkeit zu freier Betätigung und die Rechte eines gemäßigten Privateigentums aufrecht zu erhalten. Das wird sie teils tun, um eine gewisse Stetigkeit der Entwicklung zu erreichen, noch mehr aber aus der Einsicht, daß ein einzelnes Staatsgebilde innerhalb einer kapitalistischen Welt zugrunde gehen und Kredit und Vertrauen verlieren muß, wenn es rein sozialistisch wird. Sie wird einer Verstaatlichung großer industrieller und landwirtschaftlicher Betriebe zustimmen, gewisse Monopole dem Staate übertragen, aber überall den Grundsatz aufrechterhalten, daß neue schöpferische Tätigkeit Sache des einzelnen ist. Sie wird dem Sozialismus gegenüber diejenigen unter ihre Fahnen zu sammeln versuchen, die die Kraft in sich fühlen, selbständig und ohne Leitung von außen ihre Arbeit zu verrichten und ihr Leben zu gestalten.

Auf weite Strecken geht der Sozialismus mit dem Liberalismus zusammen, wie er auch praktisch in den Abstimmungen im Reichstage größtenteils mit ihm verbunden war. Beide glauben an dauernde, schnelle soziale Entwicklung, an den Fortschritt zur Freiheit in der Geschichte, an die Bildungsfähigkeit und Vernunft sämtlicher Menschen, die allein die Gewähr für eine gute Zukunft ist. Beide sind darin einig, daß allen Bürgern gleiche Berechtigungen zu erteilen sind und daß Vorrechte jeder Art aufgehoben werden müssen. Die Herrschaft über den Staat wollen sie beide in die Hand des Volkes legen, das sie durch allgemeine und gleiche Wahlen ausübt, ganz gleich, um welche Gebiete des staatlichen oder städtischen Lebens es sich handelt.

Nun aber beginnen die grundsätzlichen Unterschiede der Meinungen. Der Liberalismus glaubt, wie dargelegt, daß die

freie Entwicklung der einzelnen Persönlichkeit auf allen Gebieten, auch auf dem der Wirtschaft, das Segenbringende ist. Der Sozialismus dagegen sieht gerade in der freien Wirtschaft das Unglück des Volkes. Sie führe dazu, daß in unserer Gesellschaft, wie sie sich jetzt entwickelt hat, nur wenige imstande seien, sich Maschinen, Grundbesitz, Fabrikgebäude usw., also die Produktionsmittel, zu beschaffen. Dazu gehöre nämlich Kapital, und dieses besäße nur ein ganz kleiner Teil des Volkes. * Diese wenigen Kapitalisten nähmen die Arbeitskraft der übrigen überwiegenden Volksmenge in Lohn, zahlten ihr von dem errungenen Produkt nur einen Teil aus und behielten den Mehrgewinn. Je größer die Fabriken wären, um so größer wäre der Mehrgewinn der einzelnen Kapitalisten, und um so mehr entwickle sich der Zustand dahin, daß auf der einen Seite wenige Leute mit großem Besitz, auf der anderen die große Menge der Proletarier vorhanden seien. Der Proletarier reibe sich im Kampf um das tägliche Brot auf, der Kapitalist aber werde selbst seiner Arbeit nicht froh, denn er müsse, je größer Betrieb und Konkurrenz werden, sich ebenfalls rastlos dem Ausbau seiner Fabrik widmen, und beide kämen so nicht zum Genuß des Lebens.

Die moderne Maschine habe nun unsere Wirtschaft darin völlig umgestaltet, daß unendlich viel produziert werde. Während früher im ganzen die meisten Menschen einen großen Teil dessen, was sie produzierten, für sich brauchten und immer nur soviel an Waren vorhanden war, wie nötig, oft sogar weniger, während der Handwerker gewöhnlich nur auf Bestellung und kaum wesentlich auf Vorrat arbeitete, werde jetzt durch die Maschine in der Industrie eine ungeheure Warenmenge erzeugt. Von Zeit zu Zeit sei dann so viel Ware da, wie nicht gebraucht werde; dann aber stocke alles, es gäbe zeitweise keine Arbeit für den Proletarier, und es komme zu jenem unerhörten Zustand, daß Menschen arbeitslos seien und hungern müßten, weil zu viel Waren in der Welt vorhanden sind (Krisen). Das zeige, daß die individualistische Form der Wirtschaft, bei der jeder nach Belieben erzeuge, vom Staate aber nichts geregelt werde, die unsinnigste Wirtschaftsform sei.

Dem könne nur auf eine Weise abgeholfen werden: indem die Gesellschaft selbst die Produktion der Waren in die Hand nähme. Nicht etwa jede Produktion; denn das, was der Mensch selbst braucht — etwa das Getreide, das der Landwirt für sich braucht —, ist keine Ware, sondern Ware ist nur dasjenige, was jemand über das hinaus produziert, was er selbst braucht. Diese Produktion der Ware nun müsse sozialisiert, das heißt von der Gesellschaft geleitet werden, damit die richtige Menge von Waren produziert werde und damit nun der Arbeiter nicht nur das verdiene, was der Kapitalist ihm gibt, sondern den vollen Ertrag der Arbeit erhalte. Wie in einer Genossenschaft alle Beteiligten etwa am Ende des Jahres den gesamten erhaltenen Nutzen untereinander teilen, so würde im sozialistischen Gemeinwesen das gesamte Arbeitsergebnis unter alle mit gewissem Gleichmaß verteilt.

Da nun der größte Teil der Menschen im modernen Leben Arbeiter sind, so würde bei gleichem Wahlrecht auf allen Gebieten und bei gleicher Verteilung der Arbeitserträge tatsächlich die arbeitende Klasse die Vollmacht in die Hand bekommen. Es würde keine Schicht und keine Klasse dabei zurückgedrängt; jede sollte nach ihrer Zahl vertreten sein und mitwirken, aber die arbeitende Klasse als die zahlenmäßig weit überlegene hätte dann tatsächlich die Entscheidung über alles in der Hand.

Nach dem Erfurter Programm, dem letzten der sozialistischen Partei, sollen nur die Produktionsmittel, nicht aber das Kapital als solches in gesellschaftliches Eigentum übergehen, also: Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel, wozu in neuerer Zeit offenbar noch die Banken gekommen sind. Je größer die Betriebe sind, um so überflüssiger soll die Person des Kapitalisten bereits geworden sein, da die Betriebe, wie etwa die Aktiengesellschaften, schon an sich etwas Unpersönliches haben. Das Handwerk aber gehe von selbst zugrunde. Dagegen ist von einer Beschlagnahme des Kapitals nirgends die Rede; es ist nach dem Programm sehr wohl möglich, das Kapital dem einzelnen zu belassen, nur hat er, wenn die Gemeinschaft alle Betriebe selbst in die Hand nimmt, keine Möglichkeit mehr, sein

Kapital auf Zinsen zu legen, kann es daher höchstens langsam aufzehren. Es ist ferner sehr wohl denkbar, daß der einzelne durch besondere Geschicklichkeit oder Tüchtigkeit Kapital erwirbt, nur wird das natürlich nie in dem bisherigen Maße möglich sein, und da weiterhin das Erbrecht mindestens sehr eingeschränkt wird, so ist eine Anhäufung von Kapitalien ausgeschlossen. Wie das im Einzelnen geschehen solle, das zu prophezeien lehnt die Partei im Gegensatz zu früheren utopischen Lehren (Bellamy) ab, da keine Wissenschaft die Zukunft genau vorher wisse: nur ihre allgemeine Richtung lasse sich erkennen.

So wünscht der Sozialismus völlige Freiheit und gesetzliche Gleichheit jedes einzelnen. Das soll verwirklicht werden durch ein allgemeines gleiches Verhältniswahlrecht, das ergänzt wird durch die Möglichkeit, daß das gesamte Volk Anträge auf Gesetze einbringt und schließlich über die gewählten Körperschaften hinweg darüber beschließt. An Stelle der stehenden Heere soll die militärische Ausbildung jedes einzelnen in Form einer Volkswehr kommen. Jeder hat das Recht, frei seine Meinung zu äußern, sich zu Vereinen und Versammlungen mit andern nach Belieben zusammenzutun. Die gesellschaftlichen Unterschiede zwischen Mann und Frau werden völlig beseitigt. Die Religion ist Privatsache jedes einzelnen; die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften werden von der Gesellschaft in keiner Weise behindert, aber auch in keiner Weise unterstützt. Die öffentliche Volksschule ist von jedermann zu besuchen; Unterricht, Lehrmittel und Verpflegung in der öffentlichen Volksschule sind frei. Die höheren Bildungsanstalten sind für alle diejenigen frei, die sich nach ihrer Anlage dafür eignen. Das Recht wird unentgeltlich gesprochen und durch Richter, die vom Volke gewählt sind. Die ärztliche Hilfeleistung einschließlich der Heilmittel ist frei. Für die Arbeiter wird der Achtstunden-Tag eingeführt und in jeder Weise gesorgt.

Als der Krieg begann, gab es eine geschlossene sozialdemokratische Partei. Innerhalb derselben waren freilich scharfe Streitigkeiten auf den Parteitag ausgetragen worden. Die starren Vertreter der alten Partei blieben auf dem festen Dogma

stehen und verlangten schnelle und völlige Verwirklichung des sozialistischen Zukunftsstaates. Eine gemäßigte Gruppe verlangte eine Revision des Programmes (Revisionisten), da es zunächst darauf ankomme, das zu erreichen, was für den Arbeiter gut sei, und nicht starr ein Programm durchzusetzen. Diese Revisionisten waren ferner der Meinung, daß die hier dargelegten Grundlehren von Karl Marx zwar bestehen blieben, daß aber vieles anders verlaufen sei, als es das Programm vorausgesehen habe und daß man auch dementsprechend sein Vorgehen ändern müsse. So wurde diese Gruppe eine große starke soziale Reformpartei, die wohl das Endziel einer sozialistischen Gesellschaft festhielt, aber ihre allmähliche Entwicklung und den stufenweisen Einbau in den heutigen Staat wünschte.

Zu Beginn des Krieges stand die deutsche Sozialdemokratie vor der schwersten Frage, die ihr gestellt werden konnte: sollte sie ihrer internationalen Gesinnung getreu die Geldmittel für den Krieg ablehnen oder als deutsche Partei das Vaterland durch Bewilligung des Geldes verteidigen helfen? Wie schon Bebel einst gesagt hatte: wenn das deutsche Vaterland angegriffen würde, ginge er als erster mit der Flinte über der Schulter voran, so entschloß sich auch nach offenbar heftigen Kämpfen innerhalb der Partei diese zur Bewilligung der Kriegskredite. Aber erhebliche Teile standen innerlich dem Krieg zu fern, der Internationale zu nah. Als der Krieg seine Greuel immer mehr zeigte und sich maßlos verlängerte, da trennte sich eine Gruppe der „Unabhängigen“ von den andern ab, die nun Regierungssozialisten genannt wurden, weil sie der Regierung Kriegsmittel bewilligten. Obwohl die alte Partei offiziell nicht auseinanderfiel, trennten sich die beiden Gruppen immer schärfer, bekämpften sich immer heftiger und stehen sich, trotz aller Zusammenarbeit am Programm der Zukunft, heut im praktischen Vorgehen scharf gegenüber. Die Unabhängigen kann man als starre Verfechter der sofortigen Erfüllung der Marxschen Lehre bezeichnen, welche im Augenblick die völlige Vergesellschaftlichung aller Betriebsmittel und Einsetzung des sozialistischen Staates fordern. Ueber die Frage der Entschädigung und die



Entfengung des Kapitals wird Bestimmtes nicht gesagt. Die **Ausgleichung** des Besitzes soll eine sehr starke und plötzliche sein. **Man** redet daher von einem proletarischen Kommunismus, der zwar nicht eine absolute Gleichheit fordert, aber doch eine starke **Ausgleichung**. Augenblicklich will die Partei außerdem, um **die** Sozialisierung der Gesellschaft reibungslos durchführen zu **können**, die übrigen Stände nicht früher irgendwie an der **Regierung** beteiligen, ehe das wirtschaftliche Programm vollständig durchgeführt ist.

Die alte sozialistische Partei ist der Meinung, daß die **Zeitverhältnisse** eine solche Umwandlung nicht gestatten, daß **augenblicklich** jener Zustand, von dem Marx, wie wir schon oben sahen, sprach, nicht vorhanden ist: daß nämlich keine durch den Kapitalismus erzeugte Ueberproduktion von Waren da ist, sondern der furchtbarste Mangel an Waren, Maschinen, Werkzeugen und Nahrung herrscht, den man sich denken kann. Daher wollen sie eine sehr allmähliche Umwandlung zunächst der größten Betriebe in Staatsbetriebe, daneben eine starke plötzliche Besserung der Lage der arbeitenden Klassen und bauen darauf, daß das neue Wahrecht, das den Arbeitern einen ganz anderen Einfluß gibt, ganz von selbst in ruhiger Entwicklung zu einem sozialistischen Gemeinwesen führen wird. Sie sehen ein, daß **ein** Staat innerhalb vieler kapitalistischer sich nicht voll sozialisieren kann. Ob die beiden Parteien sich wieder vereinigen und im Kampf gegen das Bürgertum zusammenfinden werden, oder ob ihre Spaltung eine dauernde und eine Vereinigung der rechtsstehenden Sozialisten mit den linksstehenden Bürgerlichen auf dem Boden praktischer Arbeit möglich sein muß, wird sich in kurzer Zeit erweisen.

Eine für das Parteileben entscheidende Aenderung bedeuten die immer **machtvolleren wirtschaftlichen Organisationen**. Da traten zuerst Arbeiter zusammen, um durch einheitliche Verbindung vieler sich wirtschaftliche Verbesserungen zu erzwingen: in den Gewerkschaften organisierten sich Hunderttausende und wurden zu Stützen der Sozialdemokratie. Die wirtschaftlich früher nicht besser als die Arbeiter gestellten Lehrer traten in dem

teils ideale, teils wirtschaftliche Ziele vertretenden Lehrervereinen zusammen. So ging es weiter und einen der größten Standesverbände stellt der „Bund der Landwirte“ mit etwa 350 000 Mitgliedern dar; der deutsche Verband der Festbesoldeten, die vereinigten Handlungsgehilfen, die großen Frauenbünde sind machtvolle Organisationen geworden. Auch die höheren Stände schlossen sich zu Verbänden zusammen und eine Vereinigung früherer Fürsten zur Hebung der Standesinteressen wird vielleicht die Krönung der Verbände bilden. Jeder Verband sucht für seine Mitglieder bestimmte Interessen durchzusetzen, und da die letzte Entscheidung schließlich bei den Parlamenten liegt und zunehmend mehr liegen wird, so stellt der Verband an die Kandidaten der Parteien seine Forderungen. So muß sich dann jede Partei auf gewisse Wirtschaftsverbände stützen können, und die Gefahr liegt nahe, daß die Parteien nicht mehr ausgleichend das allgemeine Staatswohl, sondern bestimmte Interessen vertreten, um die großen Verbände nicht vor den Kopf zu stoßen. In der Praxis freilich ist das nicht so schlimm, wie es zunächst aussieht. Denn tatsächlich haben die einzelnen Parteien je nach ihrer gesamten politischen und wirtschaftlichen Anschauung mehr für diese oder jene gesellschaftliche Klasse getan: die Sozialisten für die Arbeiter, die Konservativen für die Landwirte, die Liberalen für die freien und mittleren Berufe, so daß sich weniger die Tatsachen geändert haben, als die Art des Verhaltens der Parteien, das früher frei gewährte, wo es jetzt gebunden ist.

Im Augenblick ist der Ruf nach *einer* großen Bürgerpartei laut, und alle, die bisher der Politik ferner gestanden haben, glauben, es müsse leicht sein, jetzt Einheit zu schaffen. Und doch ist das eine Utopie, und das Höchste, was vielleicht zu erreichen sein wird, ist das taktische Zusammengehen der bürgerlichen Parteien. Zur Einheit sind die Gefühle der Nichtsozialisten gegenüber der Sozialisierung der Wirtschaft und der Aufhebung der Klassen- und Standesunterschiede gar zu mannigfaltig. Der ostelbische Adlige wird notwendig eine ganz andere Stellung einnehmen als der großstädtische Geistesarbeiter, das Heer der Intellektuellen und der kleinen Bürger. Ein gemeinsames Pro-

gramm würde so beschränkt und unbestimmt sein, daß es seine Stoßkraft vollständig verlieren würde. Wieweit soll darin eine Sozialisierung der Industrie, der Banken, des Handels zugegeben werden? Wie soll die Frage rein demokratischer Herrschaftsform gelöst werden? Es wäre ja ein aller Erfahrung widersprechendes Geschehen, wenn nicht der plötzliche Druck nach einer Seite, nach links, zumal im jetzigen gefährlichen Augenblick, einen starken Gegendruck weiter Kreise nach rechts erzeugen würde. Wie soll ein Kulturprogramm aufgestellt werden, das allen Genüge tut, dem frommen Katholiken und Protestanten wie dem alten Liberalen und jungen Sozialisten? Schon das Zentrum wäre hier nicht bereit, in der großen Linkspartei aufzugehen, dazu hat es in Bayern, Rheinland, Oberschlesien eine zu sichere Stellung, die beim Hinzutritt Deutsch-Oesterreichs noch wesentlich verstärkt würde. Seien wir zufrieden, wenn die sehr schwere Aufgabe gelingt, so viel Einheit hereinzubringen, daß die kleinen Parteien verschwinden und nur Sozialisten, Demokraten, Zentrum und Konservative übrig bleiben. Die grundlegende Frage wird sein, ob die mehr auf Individualismus, vielleicht sollte man besser sagen freien Personalismus, gestellten Parteien bei den Grundfragen der wirtschaftlichen Ordnung und der Verfassung sich nicht befehden, sondern in den Hauptpunkten zu einer Einigung kommen werden. Darin liegt die Schicksalswende des deutschen Vaterlandes. Wer aber in einer deutschen Nationalversammlung die Mehrheit bekommen wird, die sämtlichen Sozialisten für sich, oder die gemäßigten Sozialisten mit den Demokraten, oder die bürgerlichen Parteien für sich, das vermag niemand zu sagen. Teils hindert es die Verschiebung der Wählermassen durch Hinzunahme der Frauen und Jugendlichen, teils unsre Unfähigkeit, zu erkennen, wie gesonnen die Soldaten wiedergekehrt sind und wie der Verlauf des Krieges die Stimmung des deutschen Volkes bestimmt. Und nicht zuletzt werden die Ereignisse der nächsten Wochen entscheidend sein.